

Senioren- Report



Geschäftsstelle Berlin

Ausgabe 118

Juni 2023



**Wir treffen uns – am 1. Mai am Stand
des Senioren-Arbeitskreises der IG Metall Berlin**

Inhaltsverzeichnis

Grußwort Burkhard Bildt · Gespräch mit Jan	1
Steuerpolitische Forderungen des DGB	2
Maikundgebung vor dem Roten Rathaus	3
Betriebsrente · Bericht Fachgruppe Rente im DGB	4
Zwangsarbeitslager Schöneweide	5
Atomkraft aus · Aktienrente	6
Mitgliederversammlung · Delegiertenversammlung	7
IG Metall-Bezirkskonferenz	8
Ingrid Henneberg	9
Nachruf Wolfgang Mähler · Mitgliedertreffen	10

Impressum

Redaktion:

Ramon Zorn, Hartmut Herold, Martin Langner, Hartmut Meyer,
Manuela Wegener, Monika Wittek

Titelbild: Hartmut Herold

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15.09.2023

V.i.S.d.P.: Burkhard Bildt, IG Metall Berlin

Email-Adresse für Beiträge zum Senioren-Report:

seniorenreport@gmx.de

Senioren-Report im Internet:

www.igmetall-berlin.de/gruppen/arbeitskreise/ak-senioren/senioren-report

Grußwort

Burkhard Bildt
zuständiger Sekretär für die
Seniorenarbeit in der
Geschäftsstelle Berlin



Liebe KollegInnen,

Heraklit wusste: Niemand kann zweimal in denselben Fluss steigen, denn alles fließt und nichts bleibt.

Das Sein ist nicht statisch, es ist dynamisch, es ist ewiger Wandel. Wohin wandelt sich die IG Metall?

Wegen des engen Zusammenhanges der Entwicklung der Gewerkschaften mit der Entwicklung des Kapitalismus bedarf es zunächst eines Blickes auf diesen.

Die Marktmächtigkeit vieler Konzerne führt zur Bildung von Monopolpreisen. Diese tendenzielle Entwicklung Richtung Marktversagen erfordert einen aktiven Staat, der dies unterbindet. Geschieht dies nicht, wird das Staatsversagen in einen Zustand führen, in dem neue Ideen zur Anwendung kommen, die wieder mit den Marktgesetzen im Einklang stehen.

Der Markt existiert eben länger als der Kapitalismus und wird ihn wegräumen, wenn beides nicht mehr zusammenpasst (das kann er nur über das Tun der Menschen).

Für Gewerkschaften heißt dies, Marktversagen bekämpfen und Marktgestaltung fördern.

Dies passt zum Kerngeschäft, der Tarifpolitik. Diese ist zu stärken, was sich in den neuen Bildungsprogrammen der IG Metall widerspiegeln soll, eine tarifpolitische Bildungsoffensive. Untrennbar verbunden ist damit das *organizing*. Darin ist nicht nur der Machtfaktor in der Tarifpolitik zu sehen, sondern auch gegenüber dem Staat. Damit unsere Mitglieder das Heft in der Hand haben, bedarf es einer Stärkung der innergewerkschaftlichen Demokratie. Sonst wird das alles nichts.

Wir werden sehen, wie der Gewerkschaftstag und in dessen Gefolge auch unsere Delegiertenversammlung die Frage beantwortet:

Wohin wandelt sich die IG Metall?

panta rhei

Beste Grüße
Burkhard Bildt

Der Arbeitskreis hat wieder eine feste Bleibe im Raum 123 ... und einiges mehr

Nachdem der Senioren-Arbeitskreis letztes Jahr aufgrund des Zuzugs von Transformationsexperten in das IG Metall-Haus seinen angestammten Platz im Raum 110 verloren hatte, geht es nun wieder aufwärts: wir haben ein neues „Zuhause“ für uns und andere AGA-Gruppen im Raum 123 im ersten Stock gefunden.

Unsere Telefonnummer zur Anmeldung für die Mitgliedertreffen lautet ab sofort 030 – 25387-160.

Raum und Telefonnummer gehörten im letzten Jahr noch zu Sylvia Hellwinkel von Arbeit und Leben, die inzwischen von der Bildungsstätte Pichelssee übernommen wurde.

In einem sehr konstruktiven Gespräch mit unserem 1. Bevollmächtigten Jan Otto hat die SAK-Leitung neben der Ausstattung des Raums und der Anzahl der künftigen Delegierte des SAK, auch diverse andere Themen zu unserer Zufriedenheit klären können, unter anderem diese:

- die Ehrung für 50-jährige IG Metall-Zugehörigkeit im IG Metall-Haus soll nachgeholt werden (Jahrgänge 2020 bis 2023),
- unsere Mitgliederversammlungen mit externen Referenten sind ausdrücklich erwünscht und werden unterstützt,
- unser Erkner-Seminar wird weiterhin stattfinden,
- wir werden im nächsten Jahr eine Delegiertenversammlung inhaltlich organisieren.

Natürlich werden wir auch in Zukunft nicht immer einer Meinung mit Jan sein und uns demokratisch auseinandersetzen, sonst wäre es ja auch für alle langweilig.

Aber das Fazit ist: Reden hilft und wir haben uns wieder lieb :-)

Astrid Diebitsch

Das einzig Beständige ist die Veränderung

Wir müssen uns der Erkenntnis von Heraklit und Burkhard (links) anschließen: alles ist im Fluss, nichts bleibt wie es war. Als Senioren/innen mit langer Berufserfahrung überrascht uns natürlich (fast) nichts.

Aber wir wollen auch rechtzeitig informiert werden. Dann braucht es kein klärendes Gespräch und Wellen, die keiner macht, müssen nicht geglättet werden.

Bürobote Rama Zotti

Steuerpolitik: Umverteilung von Arm zu Reich

Modernisierung, Dekarbonisierung und soziale Gerechtigkeit machen auch mehr Staatsausgaben notwendig. Doch Finanzminister Lindner agiert als radikaler Sparkommissar und gefährdet so die Zukunft Deutschlands und Europas. Er darf sich nicht durchsetzen.

Erinnerungen an die Eurokrise werden wach, in der auch das deutsche Finanzministerium dazu beitrug, Griechenland und andere Staaten in ein Sparkorsett zu zwingen. Nachfrage und Konjunktur wurden seinerzeit dadurch abgewürgt, Arbeitsplätze vernichtet und die Krise zementiert. Die EU-Kommission, die die europäischen Schuldenregeln mittlerweile zu Recht flexibler gestalten will, hat leider auf Lindners aktuellen Druck reagiert und ihren eigenen Reform-Entwurf verschlechtert.

Entlastung der Spitzenverdiener

Laut Presseberichten soll ein Sparpaket in zweistelliger Milliardenhöhe geplant sein. Lindner selbst beziffert die Haushaltslücke auf 14 bis 18 Mrd. Euro. Zu einem großen Teil ist diese Lücke allerdings darauf zurückzuführen, dass der Finanzminister noch vor kurzem auch Spitzenverdienende steuerlich bessergestellt hat: Das Inflationsausgleichsgesetz beispielsweise entlastet Spitzenverdiener nominal weit mehr als Normal- und Geringverdiener. Dabei kostet die Anhebung des Grundfreibetrages (von der untere Einkommen relativ mehr profitieren) den Fiskus nur rund 4,8 Mrd. Euro, während die Verschiebung des Einkommensteuertarifs (die höhere Einkommen stärker entlastet) 8,5 Mrd. Euro kostet. Gerade für Familien mit Kindern fallen die

Entlastungen ungerecht aus: Während das Kindergeld auf 250 Euro angehoben wurde, ergibt sich für Spitzenverdienende durch den Kinderfreibetrag ab 2024 eine maximale Entlastung von rund 368 Euro pro Kind und Monat. Die jährlichen Kosten für diese neue Entlastung von höheren Einkommen steigen somit von rund 2,6 auf mindestens 3,6 Mrd. Euro.

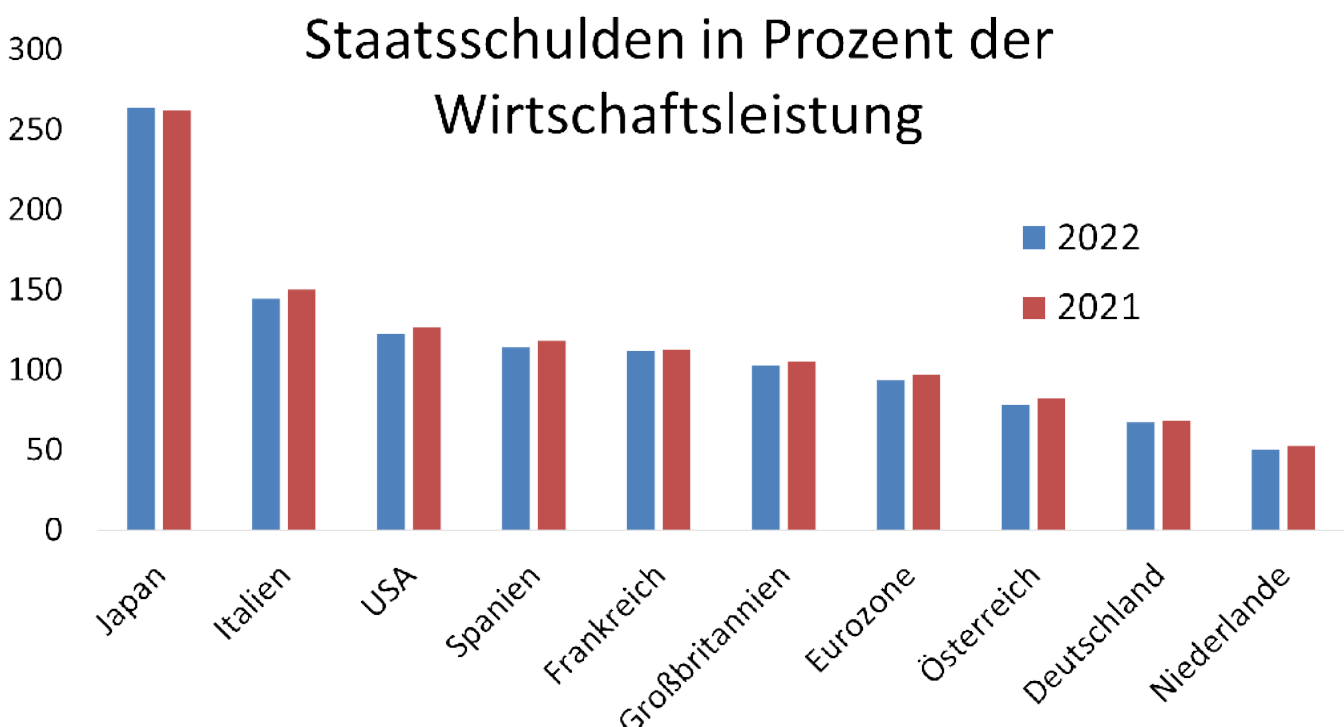
Die Wirtschaftsweisen kritisieren die Entlastungsmaßnahmen deshalb als „nicht zielgenau“ und empfehlen zur Entlastung des Staatshaushalts eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes oder die Einführung eines Energie-Solidaritätszuschlags für Besserverdienende.

Forderungen des DGB

Der DGB fordert unter anderem die Wiedererhebung der Vermögensteuer und den Verzicht auf Sonderregeln für reiche Unternehmenserben bei der Erbschaftsteuer. Doch Lindner ignoriert das. Er will sogar noch weitere Steuersenkungen für Unternehmen und Spitzenverdienende durchsetzen. Die Staatsausgaben sollen dafür gekürzt werden – wohl auch im sozialen Bereich. Es geht also um Umverteilung von Arm zu Reich.

Klar ist: Deutschland braucht Investitionen in Infrastruktur, Transformation und Sozialstaat. Finanzieren lässt sich das auch ohne Steuererhöhungen, wenn die Schuldenbremse ausgesetzt oder durch kreditfinanzierte Sondervermögen umgangen wird. Der deutsche Staat kann sich zusätzliche Kredite problemlos leisten, seine Schulden sind im internationalen Vergleich gering.

Ramon Zorn



Vor dem Roten Rathaus am 1. Mai 2023

Für mich war dieser 1. Mai 2023 ein besonderer. Der Grund: Wir haben als gewerkschaftliche Trommelgruppe MaiSamba vor der Bühne am Roten Rathaus getrommelt. Die Trommelgruppe MaiSamba wird unter dem Dach der IG Metall geführt.



Nachdem wir die Demonstration empfangen hatten, sprach der 1. Vorsitzende der IG Metall Jörg Hoffmann seine letzte Rede als Vorsitzender. Am kommenden Gewerkschaftstag verabschiedet er sich in den Ruhestand. Seine Rede war gewohnt kämpferisch.

Auch die weiteren Reden von allen jungen Menschen über die aktuellen Kämpfe bei EVG, GEW, ver.di und der IG Metall erlebte ich erfrischend kämpferisch.

Insgesamt fand wohl nicht nur ich den 1. Mai am Roten Rathaus besser als am Brandenburger Tor.



Die Bühne und die gewerkschaftlichen Stände sind etwas näher beieinander. Das könnte noch besser werden, wenn die Gastronomie mehr ins Abseits in eine Seitengasse verlegt würde. Und die Toiletten müssen in Zukunft kostenlos sein.

Was können wir noch verbessern: Der Treffpunkt für die Demonstration muss mit öffentlichen Verkehrsmitteln besser zu erreichen sein. Der Platz der vereinigten Nationen war dafür ungünstig. Und bei der Demonstration sollen die verschiedenen Redebeiträge einheitlich über alle Lautsprecher gleich verteilt gehalten werden.

Also, wir können den 1. Mai 2024 noch besser machen. Auch *seine* Zukunft gestalten wir!

Hartmut Meyer



Fotos Hartmut Herold und Ramon Zorn



Betriebsrente – eine Säule der gesetzlichen Rentenversicherung?

Die Ursprünge der „betrieblichen Altersversorgung“ (bAV) gehen zurück bis ins 13. Jahrhundert, als es im niedersächsischen Bergbau die ersten Ansätze einer Betriebsrente gab. In den folgenden Jahrhunderten setzte sich diese solidarische Arbeiterabsicherung speziell im Bergbau, bei Bruderschaften bzw. Knappschaften mehr und mehr durch. In den damaligen Zünften und Gilden gab es bereits im Mittelalter die ersten Ansätze zur bAV. Mitte des 19. Jahrhunderts dann mehr in der Seefahrt, gefolgt von den ersten Pensionskassen für Eisenbahner. Im frühen 19. Jahrhundert folgten auch die ersten betrieblichen Altersversorgungen in den damaligen Großbetrieben.

Die bAV trug also bereits lange vor Einführung der gesetzlichen Rentenversicherung einen Teil zur Altersabsicherung, der in ihrem Geltungsbereich arbeitenden Beschäftigten, bei.

Erst am 22. Juni 1889, wurde die gesetzliche *Invalidität- und Altersversicherung* verabschiedet. Die weitaus älteren Regeln der Betriebsrenten liefen - parallel und unberührt davon - weiter.

Auch als am 19. Dezember 1974 wesentliche Inhalte, wie Schutz der Betriebsrenten im Insolvenzfall und Erhalt der Ansprüche aus Betriebsrenten bei Verlust des Arbeitsplatzes bzw. Arbeitsplatzwechsels gesetzlich verankert wurden, war die bAV kein Thema der gesetzlichen Rentenversicherung.

Das änderte sich mit der Rentenreform im Jahre 2001. Da wurde gesetzlich verankert, dass ab dem 1. Januar 2002 grundsätzlich bundesweit alle Arbeitnehmer/innen einen Rechtsanspruch auf bAV bzw. auf

Entgeltumwandlung haben. Seitdem müssen Arbeitgeber/innen ihren Arbeitnehmer/innen erlauben, einen Teil ihrer Löhne oder Gehälter in eine bAV zu investieren.

Doch was hat die bAV eigentlich im „Drei-Säulen-System“ der gesetzlichen Rentenversicherung zu suchen? Sollen jetzt Leistungen, die es schon lange vor der gesetzlichen Rentenversicherung gab und von den Unternehmen gezahlt wurden, die Absenkung des Rentenniveaus ausgleichen?

Und überhaupt, weshalb heißt es noch bAV, wenn die Beschäftigten die Raten selbst bezahlen sollen? Und jemand, der früher privat gespart hatte, um im Alter etwas zusätzlich zur gesetzliche Rente zu haben, soll dieses Geld nun anlegen, nur um die Leistungsminderung der gesetzlichen Rentenversicherung auszugleichen?

Klar ist, die Beschäftigten, egal ob sie von einer vom Arbeitgeber finanzierten bAV profitiert haben oder nicht, müssen mit dieser Regelung unzufrieden sein. Denn statt berechenbare – an die Lohnentwicklung angepasste – Zuwächse der gesetzlichen Rentenversicherung, soll man jetzt Einkommensprozente in windige Kapitalanlagen investieren. Was einst als solidarische Rentenversicherung begann wird so zielgerichtet kaputt gemacht.

Klar ist auch, dass sich die Gewerkschaften dagegen stemmen und für bessere Lösungen einsetzen. Allen voran einer Stärkung der umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung.

Und das ist gut so.

Bernd Koch

Bericht zur Sitzung der Fachgruppe Renten/Alterssicherung im DGB Seniorenarbeitskreis Berlin-Brandenburg – 10. Mai 2023

Nach Verabschiedung des Protokolls wurden, auf der Basis des Rentenforums der IGM (Die Rolle der Finanzwirtschaft in der Rentenversicherung) das klassische und das Keynesianische Modell der Makroökonomie diskutiert.

Im Anschluss sahen wir uns die Entwicklung der Verdienste im Zusammenhang mit den Arbeitszeiten und die Entwicklung der Einkommensarmut in Gesamt-, Ost- und Westdeutschland an.

Wir berieten über Vor- und Nachteile im Umlage-, oder Kapitaldeckungssystem. Die Risiken in der Kapitaldeckung wurden in einer Gewinn- und Verlustrechnung dargestellt.

Im Zusammenhang mit den Themen, die wir in den vorausgegangenen Sitzungen beraten haben, sehen wir uns jetzt gut gerüstet, die aktuellen rentenpolitischen Vorschläge und Maßnahmen fachgerecht beurteilen zu können.

Thema der nächsten Sitzung soll die „Betriebsrente“ sein.

Auch wichtig: Die ver.di-Geschäftsstelle zieht um. Die im Zusammenhang mit dem Umzug verbundenen räumlichen und organisatorischen Veränderungen bei ver.di wurden dargestellt.

Bernd Koch

Das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit



Zum Besuch des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit am 25. April trafen wir uns am S-Bahnhof Schöneweide. Um zum Dokumentationszentrum zu gelangen sind es zwar nur 700 Meter, aber durch den Umbau des Bahnhofs war der Weg ein Abenteuer. Wir schafften es ohne Verluste und erreichten mehrere Baracken, die mitten im Wohngebiet liegen.

Bei den Nazis bestand das Lager aus dreizehn Baracken, in denen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, weibliche KZ-Häftlinge und am Ende des Krieges auch italienische Militärinternierte untergebracht waren. Sieben der Baracken gehören zum heutigen Dokumentationszentrum. In der ersten Baracke gab es eine Ausstellung zum Thema „Alltag Zwangsarbeit“, durch die wir von einem wissenschaftlichen Mitarbeiter geführt wurden.



Er macht nochmal deutlich, dieses Lager und auch andere Lager waren für alle Anwohner sichtbar und in allen Bereichen, in jedem Betrieb kamen die Menschen im Alltag mit Zwangsarbeit in Berührung. Was war und ist Zwangsarbeit? Zwangsarbeit ist Arbeit, zu der Menschen gegen ihren Willen gezwungen werden. Durch die Nazi-Ideologie wurde die Gesellschaft tief gespalten und ihr unterschiedliche Zwänge und Pflichten auferlegt. Ab Mitte 1935 gab es eine Dienstpflicht für alle 18- bis 24-Jährige Menschen.

Mit dem Überfall auf Polen im September 1939 und der Besetzung anderen europäischen Ländern wurde dort die Dienstpflicht eingeführt und die Menschen wurden dann in die Arbeitslager verschleppt. Hier mussten sie in den Fabriken die Menschen ersetzen, die in den Krieg geschickt wurden. Durch Kennzeichnung (z.B. violetter Buchstabe P auf gelbem Grund für Polen oder OST für Arbeiter aus der Sowjetunion) wurden sie der rassistischen Nazi-Ideologie entsprechend gekennzeichnet, unterschiedlich schlecht behandelt. Zu

ihrer Arbeit in der Nähe des Lagers in Schöneweide wurden sie von der Gestapo oder anderen Wachleuten geführt. Einzelne duften das Lager zum Arbeiten verlassen.



Nach der Führung durch die sehr umfangreiche Ausstellung gingen wir zur Baracke 13, die baulich unverändert erhalten geblieben ist. Dort bekamen wir etwas Eindruck von den engen und unvorstellbaren elenden Lebensverhältnissen der Menschen im Lager.



Fotos Hartmut Herold

Besonders und fast vergessen: In der Gedenkstätte gibt es eine Ausstellung zu den italienischen Militärinternierten. Im September 1943 verließen die italienischen Faschisten das Bündnis mit deutschen Faschisten. Die deutsche Wehrmacht nahm die italienischen Soldaten und Offiziere gefangen. 1944 wurden die Gefangenen zu „Militärinternierten“ erklärt. So konnten sie ohne Rücksicht auf das Völkerrecht als Zwangsarbeiter in der Rüstung eingesetzt werden.

Den eindrucksvollen Vormittag beendeten wir zusammen beim Griechen. Vielen Dank für die Vorbereitung!

Hartmut Meyer

Aktienrente als Alterssicherung?

Kein Roulette mit unserer Rente

Metallerinnen und Metaller haben am 21. April vor dem FDP-Bundesparteitag gegen die Pläne von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) zur Einführung einer sogenannten Aktienrente protestiert. Unter dem Motto „Kein Roulette mit unserer Rente“ zeigten Gewerkschafter*innen mit einem Roulettetisch und einem Christian-Lindner-Double, wie auf Kosten der Rentenversicherten spekuliert werden soll. Für die IG Metall ist klar: Der Finanzmarkt ist kein sicherer Ort für sozialstaatliche Altersvorsorge.

Eine Umfrage im Auftrag der IG Metall unter mehr als tausend Wahlberechtigten hat ergeben: Zwei Drittel (67 Prozent) lehnen es ab, einen Teil der Rentenbeiträge in Zukunft als "Aktienrente" an den Finanzmärkten anzulegen.

Statt einer riskanten Anlage von Rentenbeiträgen fordert die IG Metall einen grundsätzlichen Neuaufbau der Alterssicherung und eine solidarische Finanzierung der Rente. Die IG Metall setzt dabei nicht auf die Aktienmärkte, sondern auf das Solidarsystem. Eine gestärkte gesetzliche Rente, in die alle Erwerbstätigen einzahlen, muss im Zentrum der staatlichen Alterssicherungspolitik stehen. So sind eine gerechte und nachhaltige Finanzierung und angemessene Leistungen für alle möglich.

Quelle: SOPOinfo der IG Metall

Der Senioren-Arbeitskreis hat sich nicht nur an der Aktion vor Ort beteiligt, er wird auch einen entsprechenden Antrag an den Gewerkschaftstag einreichen. R.Z.



Foto Hans Müller



Foto Ramon Zorn

Gehen jetzt die Lichter aus?

Am 15. April 2023 wurden die letzten drei Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet. Plutonium-239, was nach einer Kernspaltung im Reaktor in den abgebrannten Brennstäben verbleibt, ist erst nach rund 24.000 Jahren zu schwachradioaktivem Uran-235 zerfallen. Für eine sichere Lagerung sind aber 1 Million Jahre nötig. Den nächsten Generationen verbleibt deshalb eine radioaktive Zukunft. Erinnert sei an die Probleme mit dem Kohlendioxid, das zum Klimawandel führte.

Von 1987 bis 1995 wurde das Kernkraftwerk Niederachbach (KKN) – eine Fehlkonstruktion von Siemens – für 280 Millionen DM abgerissen. Es lief nur 16 Volllasttage. Der Abriss, weitgehend auf Steuerzahlerkosten, kostete mehr als sein Bau. Seit 1995 wird das Atomkraftwerk Rheinsberg abgerissen. Wann dieser beendet ist, ist nicht bekannt. Geplant waren Kosten von 400 Mio. Euro. Insgesamt 38 Kernkraftwerksanlagen müssen in Deutschland abgerissen werden. Die Atomkraftwerksbetreiber haben sich durch Zahlung von 24 Mrd. € von den Entsorgungslasten durch Zwischen- und Endlager freigekauft. Das Kostenrisiko tragen wir, die

Steuerzahler*innen, denn mit einem Fonds wurde dem Staat die Verantwortung übertragen.

In Gorleben und Brokdorf war ich, wie viele andere Gewerkschafter dabei, diesen Wahnsinn zu beenden und freue mich, dass nun in Deutschland damit Schluss ist.

In 14 von 27 EU-Staaten gibt es keine Kernkraftwerke. Die augenblickliche Euphorie der AKW-Fans wird bald abebben, denn es gibt kaum noch Banken und Industriebetriebe, die für den Neubau von AKWs zur Verfügung stehen. In Frankreich hatten im letzten Jahr über die Hälfte der AKWs keinen Strom geliefert. Laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung ist der Atomstrom die teuerste Stromproduktion überhaupt.

Der Verzicht auf Energieverschwendung wird eine Zukunft haben. Wir werden unser Leben in den hoch entwickelten Ländern gewaltig ändern müssen. Das Leben muss dadurch nicht schlechter werden, nur anders – das sind wir den nächsten Generationen schuldig.

Klaus Murawski

Mitgliederversammlung am 26. April 2023

Steuern – woher und wohin?

Das war das Thema, das wir uns gewünscht hatten. Aber „Staatsschulden, Reichtumsverteilung, gerechte Steuerpolitik“ war das Thema, das der ver.di-„Chefökonom“ Dierk Hirschel uns auf der Senioren-Mitgliederversammlung erklärte. Aber wir wussten ja schon, dass Dierk gern seine Themen selbst wählt und natürlich ist es das Gleiche ...



Puh – so viele Zahlen, schwer zu einem Artikel zusammenzufassen.

Und dann verwirrt zusätzlich, dass manche der Zahlen von 2015 oder 2020 stammten, nur die neuesten von 2022. Das macht das Vergleichen schwierig.

Aber zum Thema: Die meisten Einnahmen erhält der Staat von den Arbeitnehmern: Lohnsteuer plus Mehrwertsteuer machen 57 Prozent der Steuern aus, Firmen und Vermögende kommen nur auf 23 Prozent.

Durch die vielen Sparrunden leben wir seit 20 Jahren von der Substanz. Das führte zu einem Investitionsrückstau von 160 Milliarden Euro, allein bei den Kommu-

nen. Die tätigen aber auch 80 Prozent der Investitionen. Und durch die Schuldenbremse wird der Rückstand jedes Jahr größer, statt abgebaut zu werden.

Bei den Staatsausgaben sind die Soziale Sicherung und die Verwaltung die größten Einzelposten (20 und 8 Prozent).

Ein Highlight war für mich, dass unsere Staatsverschuldung mit etwa 74 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im internationalen Vergleich eher gering ist. Und dem ein Privatvermögen von 14 Billionen gegenübersteht. Überhaupt – die ungleiche Verteilung der Vermögen ist ja allgemein bekannt.



Fotos: Buchi

DGB und ver.di haben eine große Forderungsliste, wie man gerechtere Steuerpolitik machen könnte, zum Beispiel mit Abschaffung der Schuldenbremse, Erhöhung der Erbschaftssteuer und Einführung einer Vermögenssteuer.

Manuela Wegener

Delegiertenversammlung am 26. April 2023

Anträge zum Gewerkschaftstag erfolgreich eingebracht

Ja, der Seniorenarbeitskreis ist ein wenig stolz darauf, dass die Hälfte der eingebrachten Anträge von uns kam. Wir haben eben auch am meisten Zeit...

Und dann wurden sie auch noch alle angenommen! Wir wünschen ihnen viel Erfolg auf dem Gewerkschaftstag!

Unsere Antrags-Themen sind: Modernisierung innerhalb der IG Metall, Nein zur Aktienrente, Rentenreform-Debatte in Geschäftsstellen und Betrieben, Regelsätze

im Sozialgesetzbuch und Versicherungsfremde Leistungen.

Weitere Anträge wurden beschlossen: Beiträge zur Rentenversicherung für BezieherInnen von Bürgergeld (vom AK Arbeitslosigkeit); Tarifliche Besserstellung von schwerbehinderten und gleichgestellten Menschen (von GE); Digitalwirtschaft – Ausrichtung der IG Metall-Arbeit (von der Geschäftsführung); Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz und gute Arbeits-

standards in ganz Europa (vom AK Internationalismus).

Abgelehnt wurde nach heftiger Diskussion ein Antrag von Siemens Energy, der für zukünftige Tarifrunden immer einen Festbetrag forderte. Dies wurde zwar für eine gute Idee, aber für zu pauschal und als Eingriff in die Tarifhoheit gehalten.

Außerdem gab es natürlich einen Geschäftsbericht, diesmal von sensationeller Kürze.

Manuela Wegener

Positionen der IG Metall zu aktuellen sozialpolitischen Entwicklungen und Debatten. (Aus SOPOInfo, vom Bereich Sozialpolitik im Vorstand der IG Metall)

Attacken auf die 'Rente 63'

Unionsfraktionsvize Spahn fordert angesichts des Fachkräftemangels ein sofortiges Ende der 'Rente 63'. "Die ,Rente mit 63' kostet Wohlstand, belastet künftige Generationen und setzt die falschen Anreize", sagte Spahn der Bild am Sonntag. Die Fachkräfte, die früher in Rente gegangen seien, fehlten nun „bitterlich“.

In die gleiche Kerbe schlägt die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) für den Fall, dass die 'Rente 63' abgeschafft werde, nicht nur mehr Fachkräfte für die Wirtschaft, sondern auch geringe Beiträge, höhere Renten für alle und weniger Steuermittel, die in die Rentenkasse fließen müssten.

Wer hat Anspruch auf eine Rente ohne Abschläge?

Nach Daten der Deutschen Rentenversicherung haben 208.599 Versicherte im Jahr 2021 die Regelung genutzt und sind ohne Abschläge in Rente gegangen.

'Rente 63' - kein ungerechtfertigtes Privileg!

In der Tat nutzt bislang rund ein Viertel der jährlichen Rentenzugänge die abschlagsfreie Rente für besonders langjährig Versicherte. Doch Anlass für Katastrophenszenarien und 'Privilegien'-Schelte ist das nicht.

Geringere Beiträge und höhere Renten für alle?

Nun führt INSM an, dass die Renten für alle höher und die Beiträge zu Rentenkasse niedriger ausfallen könnten, wenn die 'Rente 63' abgeschafft würde.

Und was bringt das alles für eine solidarische Alterssicherungspolitik, ob die Beitragssätze und das Rentenniveau um Zehntelprozentpunkte hin oder her gerechnet werden und keine gravierenden Änderungen vorgenommen werden oder auftreten?

Mehr Fachkräfte?

Die Gleichung scheint so einfach: Mehr Fachkräfte, wenn man die Zugangsbedingungen zur Rente verschärft. Doch Fachkräftesicherung betreibt man nicht mit Abschlägen für jene, die nach Jahrzehnten harter Arbeit nicht mehr können und wollen. Wer 'neue' Fachkräfte will muss ausbilden, Einwanderung erleichtern, die Rahmenbedingungen für Vereinbarkeit verbessern. Und wer 'alte' Fachkräfte halten will, der muss die Arbeitsbedingungen verbessern und die Attraktivität der Jobs erhöhen.

Solidarreform nötig!

Das heißt nicht, dass es keinen Reformbedarf in der Alterssicherung gäbe. Nötig sind aber nicht weitere Kürzungen bei der Rente, sondern eine Solidarreform des Alterssicherungssystems. Wie eine solche Reform aussehen könnte, hat die IG Metall in ihrem Rentenkonzept

dargelegt. Ins Zentrum gehören der Ausbau der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung, in die alle einzahlen, eine Anhebung des Rentenniveaus und flexible und sozial abgesicherte Übergänge in den Ruhestand vor dem 67 Lebensjahr.

Rentenerhöhung 2023

Die Renten steigen zum 1. Juli im Westen Deutschlands um 4,39 Prozent und im Osten um 5,86 Prozent. Dies geht wesentlich auf die positive Lohnentwicklung zurück. Ein stabiler Arbeitsmarkt und eine gute Einnahmesituation der Rentenversicherung tun ihr Übriges. Das ist die gute Nachricht!

Inflation frisst Erhöhung auf

Doch die schlechte folgt auf dem Fuße: Auch Rentnerinnen und Rentner werden Kaufkraftverluste hinnehmen müssen, wenn sich die Prognosen über die Preisentwicklung bestätigen. So liegt die Inflationsprognose der Bundesregierung bei 6,0 Prozent für 2023. Dass hohe Inflationsraten ärmere Haushalte besonders stark treffen, erschließt sich jedem.

Inflationsrisiko und Inflationssicherheit in der Alterssicherung

Doch wie umgehen mit hohen Preissteigerungsraten, wenn es um Alterseinkommen geht? Auch wenn das Inflationsrisiko bei kapitalgedeckten Systemen deutlich höher ist, ist auch das Umlagesystem der gesetzlichen Rentenversicherung nicht frei von Problemen bei großen Preissprüngen.

Dem könnte entgegengewirkt werden, indem man die Rentenanpassung nicht mehr grundsätzlich an die Entwicklung der Löhne, sondern an die der Preise koppeln würde. Was auf den ersten Blick so überzeugend scheint, ist bei einer genaueren Betrachtung doch nicht so vorteilhaft. Eine Anpassung auf Basis der Preisentwicklung schützt vor Kaufkraftverlusten durch Inflation. Wenn aber die Arbeitseinkommen real steigen, dann werden die Rentnerinnen und Rentner von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung abgekoppelt, ihr Lebensstandard sinkt, im Vergleich zur Erwerbsbevölkerung. Echte Lohnanpassung bleibt langfristig der richtige Weg. Damit das gelingt, muss sich aber noch einiges im Rentenrecht ändern.

Wir brauchen ein lebensstandardsicherndes Rentenniveau und eine jährliche Rentenanpassung, die sich an der Lohnentwicklung orientiert und nicht durch Dämpfungsfaktoren (Beitragssatzfaktor und Nachhaltigkeitsfaktor) gebremst wird.

Ramon Zorn

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Senioren-Arbeitskreises der IG Metall Berlin.



Seite 1950 bin ich Gewerkschaftsmitglied, im Senioren-Arbeitskreis bin ich seit 1996.

Nun muss ich diese Mitarbeit mit 87 Jahren beenden. Der Geist ist willig (manchmal auch unwillig), doch das Fleisch ist schwach.

Es war eine interessante und wichtige Gewerkschaftsarbeit, wo wir auch als Rentner noch manches beeinflussen konnten. Auch als Mitglied der AGA konnte ich im Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen unseren Arbeitskreis vertreten und mit unseren Erfahrungen Einfluss nehmen. Ich bin dankbar, dass ich auch als Rentnerin noch nach 41 Jahren Berufstätigkeit ein erfolgreiches Betätigungsfeld gefunden hatte.

Aber nun ist Schluss!

Ich werde gern an diese 25 Jahre aktiver und oft erfolgreicher Arbeit zurückdenken. Ich wünsche den jetzigen Mitgliedern des Arbeitskreises Gesundheit, alles Gute und vor allem hin und wieder auch Erfolge.

Eure Ingrid Henneberg

AG Medien:



Liebe Ingrid, wir vermissen dich jetzt schon. In der Redaktion des Senioren-Reports warst du bei Grammatik, Semantik und Interpunktion Richt- und Leit-schnur.

Für uns Westrentner hast du aus deinem reichen Wissensschatz die Arbeitswelt des real existierenden Sozialismus erklärt – Es war nicht alles schlecht. Schlecht allerdings, dass nun deine kritische, selbstbewusste Stimme im Arbeitskreis fehlt.

Beste Grüße, *Ramon*.

In ihrer aktiven Zeit hat Ingrid Großes geleistet. Besonders hervorzuheben sind die Gründung und der Aufbau der **Arbeitsgruppe Mitgliederbetreuung**, ihre Mitarbeit in der Redaktion des Seniorenreports und in der Leitung des Seniorenarbeitskreises.

Gern erinnern wir uns an ihre kulturellen Beiträge während der Klausurtagungen in Erkner. Damit hat sie zu einer entspannteren Situation bei unseren zeitweilig auch stressigen Diskussionen beigetragen.

Wir danken Ingrid sehr für ihre engagierte Arbeit und wünschen ihr baldige gesundheitliche Stabilisierung, so dass sie wieder an ihre gute Arbeit anknüpfen kann. Wir hoffen also auf ein baldiges Wiedersehen.

Jürgen Knüpfer

Mitgliedertreffen am 26. Mai 2023

Kollege Karl fährt aufs Land

Es war einmal: eine fröhliche Seniorengruppe, die sich auf die Reise nach Kremmen machte. Man traf sich in Hennigsdorf, um von dort mit dem Schienenersatzverkehr nach Kremmen zu reisen.

Nachdem alle Schäfchen im Bus waren, ging die lustige Reise über Wiesen und Felder nach Kremmen. Dort angekommen, machten wir einen kleinen Spaziergang zum Spargelhof Kremmen. Da wir alle durstig waren, wurden uns die Getränke gebracht.

Nachdem wir unsere Senienteller hungrig verspeist hatten, gab es zur Überraschung noch einen Nachtisch „Erdbeeren mit Eis“. Zum Schluss machten einige Interessierte eine Hofbesichtigung.

Leider mussten wir schnell zum Schienenersatzverkehr zurück nach Berlin. Man kann sagen: Kremmen ist eine Reise wert.



Foto Buchi

Kollege Karl

Nachruf

Wolfgang Mähler * 18.09.1924 † 10. 04. 2023

Nach langer Krankheit verstarb unser Kollege Wolfgang Mähler am 10. April 2023 im 99. Lebensjahr. Wolfgang Mähler war zusammen mit Alfred Kunz der Vater des Senioren-Arbeitskreises.

Bei der Gründung des Arbeitskreises 1991 wurde er zum 2. Sprecher gewählt. Als Leiter der AG Chronik hat er die Erarbeitung der Chronik „100 Jahre IG Metall Berlin“, insbesondere die Geschichte der Arbeiterbewegung im Dritten Reich, mit seiner intensiven Forschung maßgeblich gestaltet.

Am 27. Januar 2010, mit 85 Jahren, nahm er seinen Abschied aus dem Arbeitskreis.

Wolfgang beschrieb sein Elternhaus: „In unserer Familie herrschte ein Erziehungsstil nach preußischem Vorbild“. Mit anderen Worten, er wurde streng erzogen. Widerspruch wurde nicht geduldet.

Er erlernte den Beruf eines Elektrikers und entdeckte schon früh seine Begeisterung für den Segelflug. Anfang 1942 kam seine Einberufung zur Luftkriegsschule nach Gatow und der Marschbefehl nach Ostpreußen.

Aufgrund der aktuellen Lage (1944/45) und der Kriegserlebnisse wurde der Sinneswandel des jungen, begeisterten Segelfliegers immer stärker. Ein Flugblatt des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ gab den Anstoß zur Flucht nach Frankreich. 1948 kehrte der junge Mähler aus der Gefangenschaft zurück. „Nie wieder Krieg“ sollte das Motto weiterhin sein.

Nach dem Krieg nahm er wieder eine Tätigkeit als Elektriker auf. 1953 gab es in Berlin-West die ersten Tarifauseinandersetzungen, darauf trat er 1954 in die IG Metall ein.

Wolfgang wurde in der IGM aktiv. Er wurde Betriebsratsvorsitzender in der Firma Bauknecht. Es erfolgte eine intensive Weiterbildung durch die IGM in verschiedenen Bereichen. So kam er in Kontakt mit der IG Metall-Bildungsstätte Pichelssee. Hier in Pichelssee entdeckte Wolfgang seine Liebe zur Geschichtsforschung. Er hasste die Nazis und beschäftigte sich



umfassend mit der Gewerkschaftsbewegung und deren Zerschlagung im Dritten Reich.

Eine große Bewährungsprobe als Betriebsvorsitzender war der Konkurs des Betriebes (1982) und die damit verbundene „Abwicklung“ der Kollegen. Ein Jahr Arbeitslosigkeit war eine „bittere Pille“. So war sein Los als sogenannter Frührentner mit 60 Jahren vorgezeichnet.

AG Chronik/Wolfgang Holz

In meiner Erinnerung war Wolfgang immer ein sehr ausgleichender, hilfsbereiter und diplomatischer Kollege. Ich persönlich werde mich mit Wehmut an ihn erinnern.

Ingrid Arndt



Unsere Termine für Juli bis September 2023

Telefon 030 25387-160

Donnerstag, **20. Juli**, von Potsdam per **Schiff** zum **Wildschweimbäcker** in **Ferch**.

Anmeldung am 3. Juli.

Mittwoch, **30. August**, eine **Schiffsfahrt** von Treptow über Köpenick zum **Müggelsee**.

Anmeldung am 24. Juli.

September: Betriebsbesichtigung **BMW-Motorradwerk**. Termin steht noch nicht fest. Erscheint in der *metall*, Ausgabe September/Oktober '23 oder im Internet, auf der IG Metall-Seite, Termine Berlin-Senioren-Arbeitskreis

Mitgliederversammlung

aktuelles Thema

Mittwoch, 27. September, 14 Uhr, Alwin-Brandes-Saal.